

REDE

DES BUNDESVORSITZENDEN DER

FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

HANS-DIETRICH GENSCHER

AUSSERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG FREIBURG, 6. / 7. Juni 1980

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Freitag, 6. Juni, 15.30 Uhr.

aus der Talsohle treten wir zum Bundestagswahlkampf an.

Das wird der schwerste Wahlkampf unserer Geschichte.

Er wird uns das Ausserste abverlangen.

Das Ausserste an Einsatz aller Mitglieder, das Ausserste an Klarheit unserer Ziele, unseres politischen Standorts und unseres Verhältnisses zur Koalition und Opposition.

Taktische Spielchen, kleine Schlauheiten und Grauzonen in Sachund Koalitionsfragen, die die Wähler nur verwirren, sind schon in guten Zeiten schlecht, Jetzt sind sie existenzgefährdend.

2

Klarheit zu schaffen, das ist die Aufgabe dieses Parteitages. Die Narben, die wir in den letzten Jahren empfangen haben, sind unübersehbar.

Der Zuspruch, den wir nach der nordrhein-westfälischen Wahl von vielen Mitbürgern empfangen haben, bedeutet natürlich eine Ermutigung.

Aber täuschen wir uns nicht, der Weg bis zum 5. Oktober 1980 ist lang, vieles wird vergessen, wenn wir es nicht wachhalten, und Mitleid ist kein Wahlmotiv.

Also, schläfern wir uns nicht selbst ein mit dem süssen Gift der Illusion, der Wähler werde es schon richten. Wir müssen es richten, niemand sonst. Lügen wir uns nicht in die Tasche, es sei fast ein Segen für die Bundestagswahl, dass wir in Nordrhein-Westfalen verloren haben.

Nur Klarheit in der Sache und in der Koalitionsfrage wird de Erfolg bringen.

Deshalb darf in der Sache nichts verwässert und in der Koali frage nicht gewackelt werden.

Wer sozial-liberale Politik will, wird bei einer unklaren Haltung der F.D.P. lieber eine absolute SPD-Mehrheit in Kauf nehmen als Franz Josef Strauss als Kanzler.

Und wer als ehemaliger CDU-Wähler Strauss nicht will, wird e F.D.P. kaum wählen, die sich als Ersatz-CDU ohne Strauss dar

Immer mehr Wähler erkennen, Strauss ist kein Verkehrsunfall (CDU-Geschichte – auch wenn der Führerscheinentzug für den Tinach der Wahl schon beschlossene Sache ist – , Strauss ist kein Hausbesetzer der CDU-Zentrale in Bonn, nein, er ist eine Zustandsbeschreibung des Unions-Lagers in seinen Mehrheits- un Machtverhältnissen, in seinem Denken und Fühlen.

Der frenetische Beifall für die schlimme Rede in Berlin hat d Sonthofen- und Wiener-Wald-Reden noch nachträglich zum Parteiprogramm der CDU emporgejubelt.

Ja, die Wahl von Franz Josef Strauss zum Spitzenkandidaten is eine durch und durch ehrliche Entscheidung. Das heisst nun wieder nicht, dass alle CDU-Fürsten Strauss für den idealen Wahlgewinner halten.

Aber weil er immer wieder klargemacht hat, wie man es nicht machen solle, Jagen sie ihn Jetzt selbst über den Parcour. Wer da bei uns Sorge hat, Strauss könne noch im letzten Augenblick das Hindernis verweigern, der kennt die christliche Nächstenliebe in der praktischen CDU-Politik nicht.

Hirsch hat es am Wochenende in Köln meisterhaft formuliert:

Unerbittlich, wie einen Baumstamm im Sägewerk aufs Gatter, so schieben sie Franz Josef Strauss auf den Wahltag zu. Fortschritt gibt es nur dort, wo es auch mehr Freiheit gibt. Suchen wir nicht kleinmütig unsere Rolle als Verhinderungspartei, die Zukunft in Freiheit zu gestalten, das ist unsere Aufgabe.

Der Wille zu liberaler Gestaltung aller Bereiche der Politik begründet unsere Eigenständigkeit in der Koalition. Fingerhakeleien mit dem Koalitionspartner bringen nichts in der Sache, aber Verwirrung in der Wählerschaft. Wer die SPD-Regierungen in Hamburg und Bremen erlebt, weiss wo der Unterschied ist zwischen SPD-Alleinherrschaft und sozialliberaler Koalition.

6

Klarheit in der Sache, das bedeutet für uns:

Wir dürfen im Wahlprogramm nicht kleinmütig zurückweichen, weil Jemand die Augenbrauen hochzieht.

Bitte, Jetzt keine ängstliche Überlebensstrategie, die uns bis zur Unkenntlichkeit abschleift.

Nur mit Ecken und Kanten werden wir erkannt, anerkannt und gewählt.

Unser Programmentwurf atmet den Geist von Freiburg.

Finden wir den Mut, Anstosspartei zu sein.

Anstösse geben, um unser Land freiheitlich fortzuentwickeln, und Anstoss erregen bei denen, die nicht mehr, sondern weniger Liberalität wollen.

Und nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl wächst die Zahl derjenigen, die Helmut Schmidt nicht einer absoluten Mehrheit der SPD ausliefern wollen, wie vorher Johannes Rau.

Nur wir selbst können diese Wähler noch davon abschrecken, den Schritt zu uns zu tun.

Machen wir die Bedeutung des 5. Oktober 1980 ganz klar: An diesem Tag steht die F.D.P. nicht nur zur Wahl – wie SPD und Unionsparteien – , nein, die F.D.P. steht zur Abstimmung, sie steht zur Entscheidung.

Diesmal gilt wirklich: Es steht auf des Messers Schneide.
Es geht um die liberale Partei in Deutschland, es geht um das
Parteiensystem in unserem Land.
Es geht um das Drei-Parteien-System.

Auch diese gewachsene Parteienstruktur steht zur Abstimmung. Es geht darum, das Tor offen zu halten für Fortschritt in Freiheit. Es geht darum, unser Land nicht auszusetzen einem Wechselbad nach englischem Modell.

Der Anspruch der Union auf Ablösung ist für sich genommen kein Argument.

10

Ablösung für welche Politik, das ist die Frage.

Weil sie von der Opposition nicht im Sinne von mehr Freiheit und mehr Fortschritt beantwortet wird, müssen wir, die Liberalen, aus der Regierungsverantwortung heraus für die Reform sorgen, auch dann, wenn der sozialdemokratische Regierungspartner nicht oder noch nicht zu dieser Einsicht gekommen ist.

Wir sind es, die die Aufgabe haben, Alternativen aufzuzeigen, Unpopuläres frühzeitig auszusprechen und daran zu erinnern, dass

es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt.

Das ist alles andere als die scheinbare Geborgenheit einer heilen konservativen Welt; es ist alles andere als die scheir allumfassende Sicherheit sozialistischer Verheissung und Utor Wir treten ein für mehr Freiheit in diesem Land, aber wir ver gessen nicht: ohne Brüderlichkeit und ohne Humanität bleibt a eine freie Gesellschaft kalt und die Menschen darin einsam. Wir wollen Freiheit in Verantwortung.

Wo diese Verantwortung fehlt, verkümmert Freiheit zu gedanken losem Egoismus und zur Ellbogengesellschaft, bedeutet sie nur Freiheit der Starken auf dem Rücken der Schwachen.

Unser Land braucht die sozial-liberale Koalition, weil nur sie unsere Politik der aktiven Friedenssicherung fortsetzen kann.

Weil nur diese Kcalition aus sich heraus die Fähigkeit zur Reform aufbringt.

Meine Parteifrunue,

die vor uns liegenden Aufgaben, die Entschlossenheit die liberalen Ziele unserer Wahlplattform durchzusetzen, Jahrelange gute Erfahrungen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, der Wille, als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei mit Helmut Schmidt als Bundeskanzler die sozial-liberale Politik fortzusetzen, die unserem Land inmitten einer schwer mit politischen und wirtschaftlichen Problemen ringenden Welt eine freiheitliche Ordnung, politische und wirtschaftliche

Sie ist entschlossen, unter Verwirklichung eines Höchstmasses an liberaler Politik die Koalition auch weiterhin zu einem gemeinsamen Erfolg für unser Land zu machen."

Dabei 1st für uns als Liberale selbstverständliche Beschlussgrundlage: Koalition, das bedeutet: keine Partei hat die absolute Mehrheit.

Wir entziehen den Bundeskanzler nicht seiner sozialdemokratischen Partei, wenn wir als Koalitionspartner sagen:

1

Stabilität, sozialen Fortschritt und sozialen Frieden gesichert hat, die Notwendigkeit, unserem geteilten Land durch Fortsetzung unserer Politik der Entspannung und des Ausgleichs den Frieden zu sichern, das alles veranlasst mich, Ihre Zustimmung zu der folgenden Erklärung zu beantragen.

Der Parteitag wolle beschliessen:

"Die Freie Demokratische Partei erklärt ihren Willen zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode. Wer F.D.P. wählt, garantiert, dass Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt, und er entscheidet endgültig, dass Franz Josef Strauss nicht Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden kann. !

Auch hier soll der Wähler wister, woran er ist mit der Freien Demokratischen Partei , ohne Wenn und ohne Aber.

Wir wollen die sozial-literale Koalition als verlässliche und faire Partner fortführen, wir sind dabei zugleich die Garanten dieser partnerschaftlichen Zusammenarpeit.

Die Entscheidung über uns ist die Entscheidung über die Fortführung der Koalition.

Denn zum ersten Mal ist die sozial-liberale Koalition von zwei Seiten bedroht.

Von rechts treten Franz Josef Strauss und die Union noch einmal in alter Formation an.

Von links kommt aus nicht einflusslosen Gruppen der SPD die Forderung nach der Alleinregierung der SPD, diese Forderung heisst Ende der sozial-liberalen Politik.

Es ist deshalb die staatspolitische Aufgabe der F.D.P., den Fortschritt in Freiheit auch in Zukunft in der Koalition mit der SFD durch sozial-liberale Politik möglich zu machen.

18

Seien wir doch nicht so kleinmütig zu glauben, der Wähler sei an den Sachfragen nicht interessiert.

Wenn andere nur noch über Personen reden, müssen wir eben um so nachdrücklicher auch von der Sache sprechen.

Zum Beispiel davon, dass die absoluten Mehrheiten von SPD und CDU mit dem Norddeutschen Rundfunk machtpolitische Kumpanei praktizieren.

Die Ziele dabei sind gegenläufig, aber Verheugen hat doch Recht, wenn er sagt, dass die Medienpolitik von SPD und CDU längst zur Machtpolitik pervertiert ist.

Meine Damen und Herren,

überall schallt uns das Wort "Polarisierung" entgegen.

Die Wahlkampfrezepte von SPD und CDU/CSU haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht sehr verändert.

Für uns 1st es nichts Neues, dass wir uns in einer sogenannten Polarisierung behaupten müssen.

Legen wir uns die Polarisierung bitte nicht als eine bequeme Ausrede für eigenes Versagen zurecht.

Wir haben dafür zu sorgen, dass sich der politische Wettbewerb nicht auf zwei Teilnehmer reduziert. Nicht mehr Presse- und Informationsfreiheit stehen im Vordergrund, sondern der parteipolitische Einfluss auf Rundfunk und Fernsehen.

Hier gilt es: Wehret den Anfängen.

Und bitte bleiben wir Verfechter der Pluralität in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Reden wir nicht nur schamhaft von der Gesamtschule wie ein Konservativer vom Fortschritt oder ein Sozialist von der Marktwirtschaft.

CDU und SPD können in Schulfragen wirklich nur noch einspurig denken und handeln.

Wir haben keine Chance als Abklatsch von CDU/CSU und SPD. Unsere Chance ist die Alternative zu beiden.

Wir wissen, dass unsere Wähler besonders kritisch, besonders sensibel sind.

Wenn wir sie verstärkt für uns gewinnen wollen, ist es nicht ausreichend, die segensreichen Wirkungen des Drei-Parteien-Systems
darzustellen, wir müssen ihnen klarmachen, was in diesem DreiParteien-System die unverzichtbare und unverwechselbare Aufgabe
der Liberalen ist.

Wir müssen unsere Existenznotwendigkeit für vernünftige, fortschrittliche Politik beweisen.

Und ich bitte darum, dass wir dabei die eigene Partei und das eigene Profil nicht verleugnen und nicht verleumden.

Keine andere Partei hat die verschiedenen Politikbereiche auch nur annähernd in ihrer Programmatik so durchdrungen wie wir.

2.

Wir haben neben der Wahrnehmung der Regierungsverantwortung die Kraft zu neuen Impulsen gehabt.

- Wir haben in der Sicherung und Ausgestaltung des Rechtsstaates unsere Linie konsequent eingehalten.

Niemand setzt sich so entschieden und so konkret für die Ausweitung von Bürgerrechten ein wie die F.D.P.

Unser Wahlprogramm packt Jetzt wiederum an zentraler Stelle Fragen des Rechtsstaates und der Bürgerrechte an.

Bei manchen machen wir einen neuen Anlauf, bei anderen ziehen wir aus neuer Einsicht die Konsequenz.

Ganz unbestreitbar sind wie alle anderen Menschen auch wir immer wieder der Gefahr des Irrtums ausgeliefert, aber wir sind eben nicht der Hybris parteipolitischer Unfehlbarkeit verfallen.

Ja, es stimmt, ich habe mich früher einmal für den § 88 a eingesetzt, aber ich habe mir auch die Fähigkeit bewahrt, eine Fehlentscheidung zu erkennen und sie zu korrigieren.

26

Wer vor notwendigen Veränderungen die Augen verschliesst, bis es nicht mehr anders geht, bleibt sich als Konservativer treu, aber wir als Liberale bleiben uns treu, wenn wir unsere Fähigkeit beweisen, auch von uns selbst getroffene Entscheidungen in Frage zu stellen und nach Erfahrung und daraus gewonnener Einsicht neu zu entscheiden.

Wir verbitten uns die Diffamierung des Bundesinnenministers als Sicherheitsrisiko durch die Opposition.

Das wirkliche Sicherheitsrisiko sind diejenigen, die Misstrauen zur obersten Richtschnur des Verhältnisses zwischen Staat und Burger machen.

Wer den Staat zum Instrument des Misstrauens gegen den Bürger macht, wird alleinstehen, wenn es gilt, diese Ordnung zu verteidigen.

Gerhart Baum soll wissen, dass er sich bei seinem Ringen um mehr Freiheit, mehr Rechtsstaat und damit mehr Vertrauen für unsere demokratische Ordnung auf die Freie Demokratische Partei verlassen kann.

Meine Parteifreunde,

die Bereitschaft, immer wieder zu prüfen, wo neue Gefahren für den freiheitlichen Charakter unseres Staates entstehen, die Fähigkeit, auch früher getroffene Entscheidungen infrage zu stellen, gilt überall.

Letztlich muss sich in dem hier zum Ausdruck kommenden Reformwillen und der Reformbereitschaft die liberale Partei als Anstosspartei bewähren.

Wir brauchen, und ich nehme mich da selbst keineswegs aus, mehr Nachdenklichkeit auch dort, wo wir es mit scheinbar unabänderlichen ehernen Einsichten und Auffassungen zu tun haben.

Wenn Liberalität mehr Freiheit für möglichst viele bedeutet, dann doch mehr Freiheit für <u>Jeden einzelnen</u> von den vielen. Wir müssen es sein, für die allein das Schicksal des einzelnen Gewicht für eine Entscheidung hat.

Wir dürfen nicht zulassen, dass das Gesetz der grossen Zahl darüber entscheidet, ob ein Problem ein Problem ist. Wer an den mündigen Bürger appelliert, muss auch dafür sorgen, dass er durch Mitentscheidung überschaubarer Tatbestände von seiner Mündigkeit Gebrauch machen kann.

30

Wo aber dieser mundige Burger zurückgestossen wird, wo seine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, zu verantwortlicher Ausübung seiner Freiheit sich nicht entfalten kann, entstehen Anonymität, Hoffnungslosigkeit und Vereinsamung. Das macht Menschen reif für das Aussteigen.

Unsere grosse Aufgabe ist es eben, unsere Gesellschaft und unseren Staat so zu entwickeln, dass Wille zur Freiheit und zur Verantwortung sich viel stärker entwickeln können. Das alles gilt in besonderem Mass für die Junge Generation, aber eben nicht nur für diese. Der Freiheitserweiterung und dem Schutz des einzelnen dient auch unsere Wirtschaftspolitik.

Wir treten ganz entschieden dafür ein, dass in unserer Wirtschaft nicht nur die ganz Grossen überleben können.

Grossunternehmen sind nicht immer der Ausbund an Elastizität und Anpassungsfähigkeit,

Bürokratieprobleme gibt es bekanntlich nicht nur beim Staat, man kann sie auch in den Konzernetagen antreffen.

Ist nicht oft die Gewissheit, einen Grossen werde man schon nicht im Stich lassen, die Ursache mangelnder Flexibilität, die sich der Mittel- und Kleinbetrieb im eigenen Interesse und im Interesse der Gesamtwirtschaft nicht leisten kann ? Für einen Kleinbetrieb und seine Erhaltung gibt es keine Konsortien, Konferenzen und öffentliche Kampagnen.

Deshalb betreiben wir keine kleinkarierte Interessenpolitik, wenn wir den kleinen Unternehmen, dem Handel, Handwerk und Gewerbe und den freien Berufen die Luft verschaffen, die sie zum Atmen brauchen.

Dann gehen wichtige Impulse für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verloren.

Wirtschaftliche Entscheidungen sind Ausdruck wirtschaftlicher Macht, und wir wollen die Macht nicht in konzentrierter Form. Wir wollen, dass sie verteilt ist.

Wenn nur noch Konzerne und Gewerkschaften wirtschaftliche Macht ausüben, dann steht dem Machtgewinn von wenigen der Freiheitsverlust von vielen gegenüber.

Ich möchte Lambsdorff ganz ausdrücklich dafür danken, dass er immer wieder für den Wettbewerb und die Chancen der Kleinen in diesem Wettbewerb eintritt.

34

Unsere Gesellschaft muss endlich aufhören, die reine Grösse schon für ein Gütesiegel zu halten.

Die Grösseren sind nicht immer die Besseren.

Die Marktwirtschaft ist in unserem Verständnis nicht nur Unternehmerwirtschaft.

Sie ist auch eine Wirtschaft der Angestellten und Arbeiter, für die wir Beteiligung am Produktivvermögen und mehr Selbstbestimmung – am Arbeitsplatz wollen.

Wir wissen, dass wirtschaftlich harte Zeiten auf uns zukommen können.

Wir gaukeln nicht vor, dass unser privater und öffentlicher Wohlstand weiter so wachsen wird wie bisher.

Wir sagen ganz ungeschminkt, dass es ohne Leistungswillen und ohne Leistungsbereitschaft keinen Fortschritt gibt.

Dass Leistung deshalb belohnt werden muss und nicht bestraft werde darf.

Haben wir die Kraft zu sagen, dass in den achtziger Jahren enorme Probleme zur Lösung anstehen.

Die Integration der Ausländer, vor allem der zweiten Generation, ist nicht einmal in ihren Anfängen bewältigt, und wir sind

ehrlich genug zu sagen, wir haben auch noch nicht das umfassende Konzept.

Aber die Bombe tickt, und diese Bombe, das sind Millionen von Einzelschicksalen, die wir nicht allein lassen dürfen mit ihren Problemen.

Es wird nötig sein, das Jeweils eigene Anspruchsniveau zu senken und häufiger als früher Nein zu sagen zu neuen Bedürfnissen. Gerade in einer solchen Lage muss die Grenze des Staatseinflusses scharf gezogen werden.

Und glaube keiner, die Gefahr käme nur von der dogmatischen Linken

Aber der kommt nicht, der ist böse auf die Wirtschaft, seitdem Lambsdorff und Schmidt dort für die besseren Geschäftspartner gehalten werden.

÷.

Wir haben auch die Aufgabe, den Bürgern offen zu sagen, die Grenzen der Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben sind erreicht, die Grenzen der Belastbarkeit der Bürger auch. Eine Finanzierung zu Lasten der Zukunft über Erhöhung der öffentlichen Verschuldung wäre unverantwortlich.

Wir sind dazu nicht bereit, aber wir sind entschlossen, auch in den finanzwirksamen Bereichen Einschnitte vorzunehmen, wo Ausgaben nicht oder nicht mehr vertretbar sind.

Die Lage der öffentlichen Finanzen und steigende Ansprüche von innen und draussen werden in kommenden Jahren viel Standhaftigkeit von uns beansprüchen.

Hoppe hat frühzeitig klar gemacht, an finanzpolitischer Solidität lassen wir nicht rütteln.

Meine Damen und Herren,

wir Freien Demokraten haben uns als erste der ökologischen Herausforderung gestellt.

Hier in Freiburg war es , und neun Jahre ist es her, dass wir so formuliert haben:

Umweltschutz geht vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen.

Man kann es nicht oft genug sagen: das steht in den Freiburger Thesen und nicht etwa in irgendeinem grünen Manifest.

Wir haben in der Umweltpolitik auf die Vernunft und auf die Einsicht gesetzt: aber wir haben der Vernunft auch Beine gemacht.

Okologisches Bewusstsein ist zu einem Erkennungszeichen, zu einer Gütemarke liberaler Politik geworden.

Die Aufgabe ist noch lange nicht gelöst.

Vielen Bürgern in unserem Land geht alles noch nicht schnell und nicht weit genug.

Sie stossen sich daran, dass in den Amtern und den politischen Entscheidungsgremien immer noch allzu oft die Einsicht in unsere Verantwortung gegenüber den Generationen nach uns fehlt.

Die Zeiten sind vorbei, wo Jeder neue Autobahnkilometer eine Erfolgsmeldung wert war.

Für die Bürger, die wir ansprechen wollen, sehen die Erfolgsmeldungen anders aus.

Eine Landschaft, die nicht von Baggern angefressen und von Betonbändern zerschnitten wird – das ist für sie ein Erfolg. Wir haben Jahrelang um die Einsicht der Bürger geworben und ihr Engagement gefordert, wir dürfen uns Jetzt diesem Engagement nicht verweigern.

Unser Staat bricht nicht zusammen, wenn wir die Bürger an Planungsprozessen beteiligen, und wenn wir ihnen ein Mittel zur Hand geben, sich gegen umweltfeindliche Planungen zu wehren.

41

Wir wollen die Verbandsklage.

Es 1st wahr: der Widerstand gegen die Bürgerbeteiligung wird mit Argumenten aus dem Arsenal des Obrigkeitsstaates geführt.

Und da stehen Sozialdemokraten und Christdemokraten ganz nahe beieinander.

Der Vorschlag Josef Ertl's für die Verbandsklage ist in der Regierung nicht an uns gescheitert.

Für uns 1st Umweltschutz schon lange kein Kästchen mehr neben vielen anderen Staatsaufgaben, sondern ein übergreifendes Entscheidungskriterium. Meine Parteifreunde,

in dem kommenden Jahren erwarten uns tiefgehende gesellschaf politische Kontroversen.

Man muss schon die Dickfelligkeit und Selbstzufriedenheit ei Massenpartei besitzen, um nicht zu spüren, was sich in unser Gesellschaft tut.

Das ist mehr als der normale Wandel durch die Abfolge der Gerationen.

Die Menschen wehren sich dagegen, in Kategorien eingeteilt u dann nach Schema F behandelt zu werden.

Im Grunde geht es um mehr Menschlichkeit, um mehr Miteinander, mehr Zuwendung zum einzelnen mit seiner ganz persönlichen Leben situation.

Für uns ist die Stellung der alten Menschen in unserer Gesellschaft eine brennende Frage geworden.

Ihre Zahl wächst.

Sie wollen nicht länger Aussenseiter sein, nicht länger an den Rand gedrängt und in Ghettos verbannt werden.

Politik für alte Menschen ist nicht auf die Fragen der Alterssicherung beschränkt. Diese sind wichtig, und wir stehen zu unseren Reformvorschlägen ohne Wenn und Aber.

Wir müssen sie auch im Wahlkampf offensiv vertreten.

Es ist das Verdienst von Wolfgang Mischnick, dass er den Weg zu Rentensicherheit und Rentenehrlichkeit gewiesen hat.

Wie viele Irrtümer, Umwege und Enttäuschungen wären der deutschen Sozialpolitik erspart geblieben, wenn man frühzeitig auf Wolfgang Mischnick gehört hätte.

Aber Altenpolitik geht für uns weiter.

45

Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie das Zusammenleben der Generationen wiederhergestellt werden kann.

Wir verschliessen uns den Problemen nicht, die sich für viele Menschen aus den Benachteiligungen ergeben, denen Kinder, Frauen, kinderreiche Familien, Behinderte und ausländische Arbeitnehmer oft noch ausgesetzt sind.

Um Jeden einzelnen muss es auch hier gehen.

Sein Schicksal gibt Auskunft darüber, wie es um die Gesellschaft insgesamt und ihre innere Verfassung bestellt ist. Meine Parteifreunde,

Angst geht um unter den Menschen, Angst um den Frieden.

Angst, Konflikte in anderen Teilen der Welt könnten durchschlagen auf Europa.

Afghanistan, Iran, der Nahe Osten, Afrika, Ja selbst Süd-Ost-Asien sind im Bewusstsein unserer Mitbürger, und das zu Recht, eben nicht ferne Regionen, sondern Teile der einen Welt, in der wir leben.

Angst geht um vor einem neuen Rüstungswettlauf, vor Waffen, deren Zerstörungskraft unser menschliches Fassungsvermögen übersteigt.

Auf die Herausforderung, die darin liegt, wollen unsere Bürger von uns eine Antwort.

Sie fragen uns, weil wir in der Frage der Entspannung, der Friedenssicherung, der Abrüstung in der verpflichtenden Tradition von Pfleiderer und Dehler, von Döring, Flach und Ungeheuer stehen.

Die Unionsparteien, die uns vorwerfen, das alles sei nun das Ergebnis der Entspannungspolitik, der Frieden sei eben nicht sicherer geworden, können oder wollen nicht sehen, dass es diesmal eben nicht Europa ist, von dem die Krise ihren Ausgang nimmt

und dass bis zur Stunde die Krise eben nicht auf Europa durchgeschlagen hat.

Die Verträge und Vereinbarungen im Rahmen der Entspannungspolitik sind eben nicht einseitige Vorleistungen der einen an die andere Seite, sondern ausgewogene Vertragswerke, an deren Fortbestehen beide Seiten Interesse haben.

Das erweist sich gerade Jetzt.

Deshalb werden wir mit Zähnen und Klauen das verteidigen, was wir durch die Entspannungspolitik erreicht haben, deshalb wollen wir alles tun, um die Voraussetzungen für weitere Fortschritte zu schaffen.

49

Vergessen wir nie: Kein Volk würde mehr unter dem Rückfall in den Kalten Krieg zu leiden haben als das deutsche Volk. Kein Konflikt in anderen Teilen der Welt würde auch nur einen Schritt seiner Lösung näher geführt, wenn wir mutwillig den Kalten Krieg nach Europa holen.

Das Gegenteil ist notwendig, Europa, das in der Vergangenheit so oft Schauplatz blutiger Kriege war, von dem so oft Konflikte in anderen Teilen der Welt ausgingen, dieses Europa muss durch eine Politik aktiver Friedenssicherung den Frieden hier bewahren und friedliche Lösungen in allen Teilen der Welt fördern. Wir werden denen entgegentreten, die Jetzt eine Chance wittern, die Politik der letzten zehn Jahre rückgängig zu machen. Es geht allein darum, wie diese Politik über Europa hinaus weltweit verwirklicht werden kann.

Dazu gehört auch der Wille zum Gespräch.

Wer die vielfältigen West-Ost-Kontakte in diesen Wochen, wer die Reise, die der Bundeskanzler und ich nach Moskau antreten wollen, kritisiert, wer sie als Schwäche auslegt und als Wallfahrt zu diffamieren sucht, der leugnet die Notwendigkeit des

Gesprächs, der hält öffentliche Polemik schon für Aussenpolitik, für den ist verbale Schärfe schon Ausgruck von Standhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen bei der Friedenssicherung.
Unser Verständnis von Aussenpolitik ist das nicht.
Wie will die Union ihren Regierungsanspruch begründen, wenn sie nicht einmal zur Reise nach Moskau zu einer einheitlichen Haltung finden kann.

Strauss war dafür, solange er selbst auf eine Einladung nach Moskau hoffte.

Andere sind noch immer dafür, aber andere, noch massgeblichere, dagegen, einer spricht sogar davon, der Tag der Reise wäre ein schwarzer Tag für unser Land.

Ein schwarzer Tag für unser Land wäre es, wenn am 5. Oktober 1980 Leute die Regierung übernähmen, die in solcher Lage nicht mehr reden wollen.

Der Frieden lässt sich nicht herbeischweigen und er lässt sich auch nicht herbeipolemisieren, er will täglich neu bewahrt, täglich neu gesichert, er will täglich neu gestaltet werden. Wer in seiner Regierungszeit zusehen musste, wie sowjetische Truppen in Budapest und Prag intervenierten, wie in Berlin die Mauer gebaut wurde, der soll sich doch jetzt nicht als Cassius Clay der Weltpolitik aufführen.

Wir, die Liberalen, sind aufgerufen, mit einer Friedensstrate für die achtziger Jahre unseren Beitrag zu leisten für Sicherl und Entspannung in Europa und überall in der Welt.

Diese Friedensstrategie muss die Ursachen und nicht nur die Auswirkungen der Krisen erkennen.

53

Wer als Beitrag zur Überwindung der schlimmen Afghanistankrise vom möglichen Einsatz deutscher Soldaten in der Golfregion faselt, der muss wissen, unser Bedarf an solchen Einsätzen deutscher Soldaten ist ein- und für allemal gedeckt, das kommt nicht mehr in Frage.

Und wer da behauptet, wenn es eine CDU-Regierung gäbe, wären die Russen nicht in Afghanistan einmarschiert, betreibt eine gefährliche politische Hochstapelei.

Das fällt nicht nur auf den zurück, der das sagt, sondern genauso auf diejenigen, die ihm dafür auch noch applaudieren. Sie muss weltweit angelegt sein, weil es in der einen Welt, in der wir leben, und die immer mehr zusammenwächst, keine Insel der Glückseligen geben kann.

Grundlage unserer Entspannungs-, Sicherheits- und Rüstungskon politik ist und bleibt unsere Zugehörigkeit zur Europäischen meinschaft und zum westlichen Verteidigungsbündnis.

Sie beruhen auf gleichen Wertvorstellungen und sich daraus er gebenden gemeinsamen Interessen.

Wir lassen weder an dem einen noch an dem anderen rütteln.

Unser Anspruch, in beiden Gemeinschaften mit zu entscheiden, entspricht unseren Interessen und unseren Beiträgen.

Wir haben eben in der Europäischen Gemeinschaft mit einer ausserordentlichen Anstrengung unseren Beitrag geleistet, um eine lebensbedrohende Krise abzuwenden.

Das mutet unseren Bürgern viel zu.

Unsere finanziellen Möglichkeiten sind nicht beliebig dehnbar. Nun dürfen wir aber auch von unseren europäischen Partnern erwarten, dass sie mit uns die nowendigen Reformen durchführen, damit nicht aus der Gemeinschaft ein Fass ohne Boden wird.

Wer Jetzt mit uns nach einer Reform der Agrarpolitik ruft, soll Josef Ertl aber auch helfen, diese Reform in der Gemeinschaft durchzusetzen,

Aber machen wir es uns bitte nicht so leicht, als könne man notfalls auf den Europäischen Agrarmarkt ganz verzichten. Wer den gemeinsamen Agrarmarkt beendet, beendet auch den gemeinsamen Markt im übrigen.

Wenn in Europa die Zollschranken wieder geschlossen werden, dann werden bei uns auch viele Fabriktore schliessen müssen. Ich warne vor solchen Experimenten.

57

Wir erwarten sichtbare Schritte zu einer europäischen Energiepolitik.

Wir erwarten von allen Mitgliedsstaaten die Bereitschaft zur Reform der Ausgabenstruktur, vor allem wollen wir die Reform der europäischen Agrarpolitik.

Die europäische Idee darf nicht durch den Jetzigen Zustand in Verruf geraten.

Und wer sich in unserem Land an der politischen Diskussion beteiligt, soll Europa nicht als Müllschlucker deutschen Wohlstands denunzieren.

Ober 50 Prozent unseres Aussenhandels gehen in den gemeinsamen Markt.

Geht dieser Markt zugrunde, dann heisst das Massenarbeitslosigkeit bei uns.

Wir erwarten von allen Mitgliedsstaaten Bereitschaft zum politischen Handeln.

Geht die Gemeinschaft zugrunde, dann meldet sich Europa aus der Weltpolitik ab. Ihr durfen wir nicht die Grundlage entziehen.

Ebenso unverzichtbar wie unsere Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft ist unsere Einbettung in das westliche Verteidigungsbündnis.

Unser Beitrag für dieses Bündnis und damit für die gemeinsame Sicherheit ist erheblich.

61

Solidarität, Zuhören und Beachten der Argumente ist für uns keine amerikanisch-europäische Einbahnstrasse, sondern eine Angelegenheit auf Gegenseitigkeit.

Wir sind nicht bereit, einem billigen Anti-Amerikanismus Vorschub zu leisten, der anderes meint, als er sagt.

Wir wissen, die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit ist lebenswichtig.

Aber gerade well wir das wissen, nehmen wir uns auch das Recht, unter Freunden in Amerika und in den anderen Bündnisstaaten offen zu sagen, was wir für richtig halten und was nicht.

Das ist auch Solidarität, Solidarität durch Aufrichtigkeit.

Und vielleicht würde die Stimme Europas in Washington noch besser gehört, wenn unser Europa eindeutiger mit einer Stimme sprechen und entschlossener gemeinsam handeln würde.

Die Chance, die achtziger Jahre zu einem Jahrzehnt der Abrüstung zu machen, ist noch nicht vertan, auch wenn die Entwicklungen der letzten Monaten die Aussichten dafür nicht gerade verbessert haben. Gerade Jetzt kommt es darauf an, einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern.

Jeder Tag, der verloren geht, macht das schwerer.

Abrüstung wird zur Existenzfrage der Menschheit.

Abrüstung, um den Frieden zu sichern.

Abrüstung, damit endlich die Mittel frei werden, um Hunger und Not in der Welt wirksam zu bekämpfen.

Das ist gemeinsame existentielle Aufgabe aller Industriestaaten, der demokratischen wie der kommunistischen.

62 a

Misstrauen ist der Feind Jeder Verständigung. Vertrauensbildende Massnahmen, Transparenz und Offenheit sind gerade in militärischen Fragen unverzichtbar. Sie schaffen mehr Voraussehbarkeit und Berechenbarkeit der lewells anderen Seite.

Aber wenn mehr Transparenz auch mehr an Berechenbarkeit bietet, wir müssen auch ein Gleichgewicht an Berechenbarkeit schaffen.

Um Gleichgewicht geht es auch im atomaren Bereich.

Jeder Zeitverlust macht die Verhandlungen durch den fortschreitenden Raketenaufwuchs im Osten schwieriger.

Konzentrieren müssen wir uns Jetzt auf die Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

Sie muss auf der Ebene der Aussenminister abgehalten werden. Wir unterstützen den französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz, wir werden die entsprechenden Vorschläge des Warschauer Pakts konstruktiv prüfen.

64

SALT II muss ratifiziert werden.

Schon vor der Ratifizierung sollten beide Supermächte sich an die getroffenen Vereinbarungen halten.

Mir appellieren an die Sowjetunion, endlich und ohne Vorbedingungen in die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen einzutreten, damit die Zeit bis zur ersten Stationierung der neuen westlichen Raketen voll für Verhandlungen genutzt werden kann.

Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Alle Verhandlungen und Gespräche sollten mit dem Willen geführt werden, auch die Interesson der anderen Seite zu sehen, ihre Probleme, thre Besorgnisse, auch thre Vorunteile.

Sie sind nun einmal Bestandtelleder Entscheidungsfindung.

Es hat nichts mit konstruktiver Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu tun, wenn anstelle von einseitigen Vorteilen durch Aufrüstung einseitige Vorteile durch Abrüstung erstrebt werden.

Es gibt eine fatale Neigung vieler Leute auch bei uns, die sich nicht in die Lage der anderen Seite versetzen können. Auch die Sowjetunion hat legitime Sicherheitsinteressen, wir sehen sie, wie wir erwarten, dass auch unsere gesehen werden.

68

Die Ausdehnung der Zusammenarbeit auf möglichst viele Bereiche erhält die Dynamik für Entspannung und Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen, im Verhältnis zur Sowjetunion, zu den anderen Staaten Osteuropas, im Verhältnis zur DDR.

Die Sorge unserer Mitbürger um den Frieden macht nicht halt an der Trennungslinie durch Deutschland.

In den Wohnungen, in den Fabriken, in den Kantinen und in den Schulen der DDR sind die Sorgen um den Frieden und die Hoffnungen, ihn zu erhalten, keine anderen als bei uns. Das bedeutet für uns: den Frieden bewahren und das sichern, was bi heute für den Zusammenhalt der Nation erreicht werden konnte. Die Lage im geteilten Deutschland ist und bleibt unser Thema. Der Grundlagenvertrag folgte in wesentlichen Elementen den Vorschlägen der F.D.P.

Jetzt geht es um geduldiges Weiterarbeiten auf dieser Grundlage. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten sind noch längst nicht erschöpft.

Dass gerade in dieser krisenhaften Entwicklung Fortschritte möglich sind, zeigt die Tragfähigkeit der geschaffenen Grundlagen. Jedes neue langfristige Projekt mit der DDR schafft neue gemeinsame Interessen an der Verbesserung und dem Ausbau der Beziehung,

ihren Stand messen wir immer wieder an der Lage der Menschen in

Wir sind uns der grossen und noch immer ungelösten Probleme bewusst.

Aber sie sind kein Argument gegen unsere Politik.

beiden Teilen unseres Landes.

Wer sie ins Feld führt, muss sich fragen lassen, ob er zurück will in die Zeit, da es rückwärts ging mit den Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Die Hallstein-Doktrin hat uns weltweit viel Geld gekostet, sie hat den Beginn einer konstruktuven Deutschlandpolitik um lange Jahre verzögert, aber sie hat nicht eine getrennte Familie in Deutschland zusammengeführt.

Sie hat die Lage im geteilten Deutschland nicht erleichtert.

Der Präsident der Volkskammer der DDR, Horst Sindermann, hat am Anfang dieser Woche erklärt, das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland sei für die DDR von besonderem Stellenwert und mant habe die Beziehungen in den letzten MOnaten bewusst intensiviert, gerade weil die internationale Lage sehr kompliziert sei. Ich nehme diese Erklärung ausdrücklich auf, denn nach dieser Einsicht handeln auch wir.

Deshalb wollen wir alles tun, um diese Übereinstimmung zu nutzen zur Friedenssicherung und zur Verbesserung der Lage im geteilten Deutschland. Nur mit diesen, nicht gegen sie, gibt es eine zukunftsorientierte Dritte-Welt-Politik.

Wer legitime Ansprüche verweigert, wie das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk oder für Namibia, wer sich der Überwindung des Rassismus in Südafrika entgegenstellt, kann der Dritten Welt nicht Partner sein.

Wenn die Opposition verlangt, dass wir bei unserer Dritte-Welt-Politik spiegelbildlich zur sowjetischen Machtpolitik auch machtund einflusspolitische Ziele verfolgen sollten, dann trennen uns Welten.

72

Entspannung auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gleichgewicht, das ist der eine Pfeiler einer Weltordnung, in der die Staaten in gemeinsamer Verantwortung die Zukunft in Frieden sichern.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das ist der andere Pfeiler.

Der Wille zu Unabhängigkeit und Selbständigkeit, das Streben nach Verwirklichung der eigenen Identität und nach wirtschaftlicher Entfaltung, sind die bestimmenden Kräfte in der Dritten Welt. Wer den Ost-West-Gegensatz von sich aus auf die Dritte Welt überträgt, exportiert Konflikt anstelle von Interessenausgleich. Wer Jede Befreiungsbewegung als fünfte Kolonne des Kreml diffamiert und zurückweist, darf sich nicht wundern, wenn sie dann wirklich in Moskau anklopfen.

Wenn wir uns als Protektor überholter Strukturen missbrauchen lassen, müssen wir das Vertrauen der Völker neu erwerben. Die Entwicklung in Mittelamerika wird ein Testfall sein, ob wir diese Einsicht beherzigen. Der Diktator im Süden Koreas wird nicht dadurch besser, dass es im Norden einen noch schlimmeren gibt.

Möge man doch endlich erkennen, dass nur eine vom Willen des Volkes getragene Ordnung eine überzeugende Alternative zu kommunistischer Herrschaft ist. Weltweite Friedenspolitik bedeutet Verzicht auf den Versuch, eigene politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen in die Dritte Welt zu exportieren.

Diese Welt wird ihren Frieden nur in Vielfalt und Pluralität durch Selbstbestimmung und ohne Vorherrschaft finden.

78

Auch in unserer Aussenpolitik müssen wir uns immer wieder auf unsere liberalen Grundlagen besinnen.

76

Der Blockfreienbewegung wächst ein immer stärkeres Gewicht in der internationalen Politik zu.

Hüten wir uns vor einer pauschallerenden Betrachtung dieser grossen Staatengruppe.

Ihre Vielfalt ist nicht ihre Schwäche, sondern ihre Stärke. Der Wille zur Unabhängigkeit auch gegenüber der Sowjetunion wird immer stärker.

Aber bilde sich doch niemand bei uns ein, diese Länder wollten deshalb Abnängigkeit von uns.

Menschenwürde und Menschenrechte sind fundamentale liberale Postulate für den einzelnen wie das Selbstbestimmungsrecht für die Völker.

Sie erfordern unser weltweites Engagement.

Die Oberwindung von Hunger und Not ist ein Gebot aktiver Menschenrechtspolitik.

Wo die Entwicklungshilfe zu einem Instrument der Ost-West-Auseinandersetzung verkümmert, gehen nicht nur ihre moralischen Grundlagen, sondern auch ihre friedenssichernden Wirkungen verloren. Wenn Entwicklungshilfe eine moralische Aufgabe ist, dann ist es zutlefst unmoralisch, die Menscheneines Landes weiter hungern zu In Kambodscha verhungern Hunderttausende und neben ihnen stehen modernste Waffen für die anstelle von Lebensmitteln viel Geld ausgegeben wurde.

Es 1st unerträglich, mit dieser Vorstellung leben zu müssen. Wann endlich wird die UNO das Recht erhalten, dort und in anderen Ländern, wo die Menschen auch verhungern, notfalls Lebensmittel aus Flugzeugen abwerfen zu lassen, wenn sie nicht anders an die Menschen herangebracht werden können.

Die edlen Spender werden es dann hoffentlich ertragen können, dass auch ein Kommunist von ihrem Brot satt wird. Die Entwicklungsländer brauchen nicht Waffen, sie brauchen Schulen und Krankenhäuser, sie brauchen Drehbänke und Traktoren, damit endlich überall die elementaren Menschenrechte verwirklicht werden können.

Weltweiter Gewaltverzicht muss einhergehen mit dem Bemühen um friedliche Konfliktlösung.

Afghanistan, Nahost, Namibia sind Anwendungsfälle dafür.

Die Besetzung Afghanistans ist und bleibt für uns unannehmbar.

Aber wir werden diese Krise nicht überwinden, würden wir die Region militärisch aufrüsten.

80

01

Hilfe in bitterster Not darf keine politischen Barrieren kennen, das gilt auch für die Entwicklungshilfe.

Unser entwicklungspolitisches Programm unterstreicht unseren Willen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit anstelle ökonomischer Bevormundung der Entwicklungsländer.

Zusammenarbeit heisst für uns gemeinsame Werke des Friedens. Wer Abrüstung in Europa will, muss unserer Forderung zustimmen: macht Schluss mit der militärischen Aufrüstung der Dritten Welt. Die Dritte Welt brauchtwirtschaftliche und soziale Aufrüstung. Die Region durch wirtschaftliche Zusammenarbeit weniger krisenanfällig zu machen, das ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung.

Stabilität schafft Sicherheit auch gegen neue Übergriffe. Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen sind notwendig.

Der Vorschlag der Islamischen Konferenz hat grosses Gewicht. Wir prüfen auch ernsthaft den Sieben-Punkte-Vorschlag aus Kabul. Auf dem Tisch liegt unverändert der Vorschlag der europäischen Aussenminister vom 19. Februar 1980.

Damit, wie mit den Vorschlägen zur Nahost-Frage, wie mit der Namibia-Initiative wollen wir unseren Beitrag zur weltweiten Friedenssicherung leisten.

Wer nicht schiessen will, der muss reden und verhandeln. Das gilt auch hier.

Meine Parteifreunde,

die Friedensstrategie für die achtziger Jahre soll unserem Land nicht nur den Krieg ersparen, sondern den Frieden sichern. Er soll unser Beitrag sein für die Friedenssicherung in der ganzen Welt. Wir müssen mit allen unseren Kräften dafür arbeiten, dass wir unseren Kindern und unseren Enkeln die Schrecken des Krieges ersparen, die wir in der eigenen Jugend haben erleben müssen.

In diesem Bewusstsein stellen wir uns unserer Verantwortung für den Frieden.

83

Die Besonnenheit, Klarheit und Berechenbarkeit unserer Aussenpolitik ist dafür unverzichtbar.

Die Völker der Welt sollen wissen, wir Deutschen haben unsere geschichtliche Lektion gelernt.

Von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen, wohl aber Werke des Friedens.

Die Menschen in unserem Land wollen nichts anderes als in Frieden leben und in Frieden arbeiten.

Wir haben noch viele ungelöste Probleme, aber ich bin zutiefst überzeugt, unserer Generation ist nur eine wirklich historische Aufgabe gestellt: Liebe Parteifreunde,

Vier Monate sind es noch bis zum Wahltag.
Vier Monate, in denen wir alles geben müssen.
Diese Bundestagswahl ist eine Herausforderung für die gesamte
Partei und nur mit unserer gesamten Kraft werden wir sie bestehen.

Mit unseren liberalen Grundüberzeugungen und mit der Geschlossenheit einer kämpferischen Partei müssen wir uns den Wählern stellen, aber auch mit der Vielfalt der Persönlichkeiten, die für diese Partei stehen.



es geht darum, dass wir überzeugen.

Dies wird uns Jedoch nur dann gelingen, wenn wir uns treu bleiben. Wir werden Erfolg haben, wenn wir nicht kleinmütig nach rechts und links schauen.

Wir müssen unbeirrt und mutig für unsere liberalen Ziele kämpfen, wir müssen aufrecht und selbstbewusst unseren Weg gehen, den Weg für Fortschritt in Freiheit.

Viele Bürger stehen uns - gerade nach Nordrhein-Westfalen - mit grosser Sympathie gegenüber, bekennen sich offen zur F.D.P.

Freiburg ist ein historischer Ort für unsere Partei.
Hier wollen wir auch heute und morgen um die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft ringen.
Hier muss das Signal gesetzt werden für den Wahlkampf und für unsere Arbeit in den kommenden Jahren.

Hand in Hand mit den Freunden im Bundesvorstand, zusammen mit den Parteifreunden draussen im Land, will ich im Bewusstsein meiner Verantwortung als Vorsitzender der Partei in schwerer Zeit meine ganze Kraft für den gemeinsamen Erfolg einsetzen.

87

und sagen, dass sie die Existenz der Meheralen Partei für notwendiger denn je halten.

Diesen Bürgern muss in den nächsten Monaten überzeugend klargemacht werden, warum sie uns wählen sollen.

Sympathie für uns ist gut, aber uns wählen ist nowendig. Es wird ganz entscheidend von uns selbst abhängen, ob aus Sympathie für uns eine Stimme für uns wird. Gemeinsam wollen wir streiten und arbeiten für den Frieden nach innen und aussen, für Freiheit, für Menschenrechte und für soziale Gerechtigkeit.

Wir rufen die Bürger, diesen Weg mit uns zu gehen. Unser Land soll auch morgen liberal sein.